



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

174 (22.4.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-190970](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-190970)

Rationalversammlung.

Die Abschürfung Ostpreußens.

Präsident Heerenbach eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Borede (D.R.) betr. den Durchgangsverkehr nach Ostpreußen durch polnische Gebiet.

Begründet die Interpellation. Polen sollte uns zu Danks verpflichtet sein; halt dessen hat es feindselig unsere Hand zurückgestoßen; die wir ihm zur Herbeiführung freundschaftlicher Beziehungen boten. Wir empfinden, was es heißt, Macht ohne Recht haben. Der Friedensvertrag ist ohne den freien Durchgangsverkehr auf allen Linien. Jetzt wird er auf die einseitige Lebenslinie Ostpreußen beschränkt. Ostpreußen soll vom Reiche abgeschnürt werden. Die unerschütterlichen Verbindungen durch die Polen sind in einer Anfrage meiner Partei, der Demokraten und der Sozialdemokraten der Regierung zur Kenntnis gebracht worden. Es ist aber noch schlimmer geworden. Wir Ostpreußen wollen lieber mit Deutschland hungern, als mit den Polen Hunger leiden. Aber gesehen muß etwas, und zwar sofort. Die Einwohnermengen müssen zum Schutze gegen den Bolschewismus in Ostpreußen erhalten bleiben. Das wirtschaftliche Leben der Provinz muß gegeben werden. Wir hoffen, daß der neue Reichsbauminister einen festen Willen und Initiative in sein Amt mitbringen werde.

Reichsminister des Äußeren Dr. Röcher:

Der polnische Korridor ist ein rein künstliches Gebilde, das mit dem Aufbau eines wirtschaftlich gesunden Europas in Widerspruch steht. Wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß Polen mit der Abschürfung seiner Ostpreußen nicht fertig wird und die Sperrung des Korridors ins Ungemessene verlängert. Wir müssen zu einem endgültigen Abkommen kommen, wie es zugelegt ist. Die eingehaltene Laßt der Polen verhindert das sehr. Wir sind noch immer auf den Artikel 89 des Friedensvertrages angewiesen, der uns die volle Freiheit des Durchgangsverkehrs noch nicht sichert. Gewisse Teilerfolge haben wir durch Verhandlungen erreicht. Als der Willkürlichkeit das Ziel, brauchen die Polen die Verhandlungen ab, da sie die Vollmacht unserer Vertreter nicht mehr anerkennen. Wir möchten nun die Korridorfrage zum Gegenstand von Verhandlungen. Das Polen erklärte sich dazu bereit und in diesen Tagen sollen die Verhandlungen darüber beginnen. Nach Ritzingen von heute morgen dürfen wir hoffen, daß sie zu einem Resultat führen werden.

In diese Verhandlungen hinein ist nun die polnische Sperrverfügung angehängt wegen der Banknotenabstempelung gefaßt, was die deutsche Regierung sehr peinlich berührt hat. Der Banknoten steht uns nur für einzelne deutsche Wägen in poln. Wägen auf der Strecke Gersdorf-Werben und an wenigen Stellen offen. Eine derartige plötzliche Sperrung entspricht zum mindesten nicht dem Sinne des Artikels 89 des Vertrages. Wir haben sofort Einspruch erhoben. Unsere Beamten sind besonders schwer davon betroffen. Wir haben auch bei der Internationalen Kommission in Paris protestiert. Morgen fährt eine Abordnung des Auswärtigen Amtes, des preussischen Staatsministeriums und des Justizministeriums nach Polen zur Regelung der Beamtenfrage. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die polnischen Beamten gemildert werden. Inwieweit Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet ergriffen sind, weil wir schon die Kontrolle gesperrt haben, da Polen keine wirtschaftlichen Verpflichtungen nicht erfüllt hat. Die Abschürfung Ostpreußens muß durch Verbesserung der Seeverbindung verhindert werden. Angesichts der ganzen polnischen Methode hält es die Regierung für ihre Pflicht, zu bedenken zu geben, daß Polen mindestens ebenso sehr auf Deutschland angewiesen ist, wie wir umgekehrt. Niemand mehr, wie die Dinge in Ostpreußen gestaltet werden. Polen muß auch mit Rücksicht auf die vielen Deutschen in seinen Grenzen mindestens ein erträgliches Verhältnis zu uns einhalten. Die Regierung wird alles tun, Ostpreußen wirtschaftlich und administrativ bestmöglich selbstständig zu machen, die es beanspruchen kann. Geistig und moralisch wollen wir mit Ostpreußen wie von Alters her in voller Gemeinschaft leben.

Hg. Wolff (Soz.) schildert aus eigenem Erlebnis die Chancen polnischer Soldaten und Beamten im polnischen Korridor.

Hg. Heibsch (Dem.)

wünscht, daß die Unterhändler sich den Polen gegenüber weniger gehässig verhalten. Das hängt mit den etwas verspäteten Ankäufen von den Auswärtigen Amtes zusammen. Die Polen betrachten demgegenüber die Verhandlungen nicht vom sachlichen, sondern vom politischen Standpunkt.

Hg. Dr. Heiser (Str.)

Die Polen sitzen auf daran, sich allmählich an die Bestimmungen des Friedensvertrages zu gewöhnen, die auch für sie bindend sind. Anstelle des Rechtes ist im Osten die Willkür getreten und das ist doch für das Ansehen des Obersten Rates und des Völkerbundes nicht besonders förderlich. Die Abschaffung der Willkür liegt auch im Interesse der Polen selbst. Für die Forderungen und Bedürfnisse Ostpreußens muß im preussischen Staatsministerium eine Zentralstelle geschaffen werden. Der Seeverkehr nach Ostpreußen muß ausgebaut und subventioniert werden. Die Bewilligungen in London, die Friedensbedingungen betr. des Schiffbaues zu unseren Gunsten abzuändern, müssen unterstützt werden.

Hg. Graf Dehna (D. V.)

Dem Minister sind wir dankbar für seine Ankündigung energischer Maßnahmen, aber wir hätten vielleicht eine etwas schärfer Sprache gewünscht gegenüber dem brutalen Rechtsbruch der Polen.

Hg. Schulz-Droemberg (D. N.)

wendet sich besonders gegen einige Ausführungen des Hg. Wolff (Soz.), der die jetzigen Schwierigkeiten mit Polen auf die preussische Willkür und die Willkür zurückgeführt hat. Man möge Leute zu den Verhandlungen nach Warschau schicken, die von den Dingen etwas verstehen. Unsere Auslandspolitik muß mit diplomatischem Geiste getränkt sein.

Minister Dr. Röcher:

Gegenüber einer Bemerkung des Hg. Heibsch sei gesagt, daß eine der sechs Abteilungen des Auswärtigen Amtes für den Osten bestimmt ist und eine von deren Unterabteilungen für Polen. Sonderabmachungen mit Polen existieren nicht, die die Polen berechtigten, uns Schwierigkeiten zu machen. Demgegenüber muß die Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik mit diplomatischem Geiste getränkt sein.

Reichsminister Müller:

Der Hg. Schulz ist noch in dem Gehörtenkreise von vor 40 bis 50 Jahren befangen. Die fremden Diplomaten sind heute nicht mehr die Herren. Der Außenminister soll durch seine Verbindlichkeit und seine Politik im Ausland Vertrauen erwecken und dazu schritt mit Dr. Röcher der geeignete Mann zu sein.

Hg. Heise (N. S. P.)

Herr Röcher hat gestern sehr nationalistiche Töne angeschlagen. Die Politik der Polen ist ein Bruch der Politik der Rechte. Die jetzigen Minister sind immer noch besser als die alte Herr. Die Arbeiterklasse wird mit den Rechten der alten Herr aufzukommen. Das ist die W. T. B., das während der Rapp-Tage im Dienste der Reaktion stand, verbreitet jetzt eine Meinung, in Polen ist ein Willkürpakt zu befürchten. Es ist natürlich Tendenz und Absicht der Interpellation, für die Wahlen zu wirken.

Damit schließt die Aussprache. Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfes betr. die Verlängerung der Patente und Gebrauchsmuster. Der Entwurf wird ohne Debatte erledigt.

Es folgt die zweite Beratung des Reichs-Kriegs-Gesetzes.

Hg. Schneider-Brenschel (Soz., Sp.)

Wir wollen diesen Ausweg annehmen, aber keinen Verzicht auf die künftige Befreiung machen. Wir haben keinen richtigen Vermittlungspunkt für die Vermögen. Das Verzeichnis ist kein solcher Maßstab. Regierungsvorlage wurde erstellt, daß alsbald dem Hause ein Gesetz vorgelegt für die Belastungsgewinnsteuer, aber nicht als Sondersteuer, die über den Rahmen der übrigen Steuererlässe hinausgeht, gegeben wird. Eine erhebliche Debatte und mit unermesslichen Veränderungen nach das Gesetz erledigt, ebenso auch in dritter Lesung.

Es folgt die 2. Beratung eines Reichs-Kriegs-Gesetzes. Nach letzten Bemerkungen des Hg. Heiser (Soz.), Heil (Soz.) und Dörmann (N.). Dörmann (N.) und Dr. Mann (D. N.) wird der Gesetzentwurf angenommen, mit der Abänderung, daß außer den Soldaten auch die Überwachen nach dem Militärrecht zu bewerten sind. Das Gesetz wird dann auch in 3. Lesung angenommen.

Kußhalb der Tagesordnung kommt sodann noch zur Beratung ein Antrag des Landtagsausschusses betr. die Ausgliederung der vereinbarten Feuerungsanstalten für Eisenbahnarbeiter u. Verwaltungsarbeiter, die wäsend der preussischen Eisenbahnverwaltung und der Eisenbahnorganisationen vereinbart wurden. Eine entsprechende Ermächtigung soll für die übrigen Vereine der Verwaltung erteilt werden. Es handelt sich zunächst um einen Betrag von 24 Millionen Mark.

Reichsfinanzminister Wirth:

Die Tragweite des Gesetzes ist außerordentlich groß. Der Reichspost- und der Reichsfinanzminister sind mit mir einig, die Konsentzen auf uns zu nehmen. Die Reichsfinanzverwaltung wird sich zunächst darauf aufbauen. Die Verhandlungen mit den Eisenbahnorganisationen beginnen in den nächsten Tagen. Eine Veranschlagung braucht nicht befristet zu werden. Die eingetragenen Beiträge sind mit dem demokratischen Gedanken nicht vereinbar. Mit der Annahme dieser Beiträge wird allerdings die Finanzverwaltung des Reiches auf lange Zeit hinaus empfindlich beeinträchtigt werden. Wir werden über unsere Finanzlage anfangs nächster Woche ausführlich sprechen. So schwer es Ihnen auch wird, geben Sie dem arbeitenden Mann die Lebensnotwendigkeit.

Hg. Borchers (Soz.) stimmt der Vorlage mit Rücksicht auf die Ermäßigungen der drei Minister zu. Wir erwarten immer noch das Schicksal des Gesetzes.

Reichsversicherungsminister B. II erklärt, daß nach eingehender Prüfung seitens der beteiligten Reichsämter und des Reichs die Forderungen erledigt anerkannt wurden. Wir erwarten aber, daß diese Streitfrage die letzte gewesen ist und die Parteien nunmehr ihre ganze Kraft in den Dienst des Vaterlandes stellen.

Nach weiterer Debatte, in der nochmals Finanzminister Wirth die Verantwortung übernimmt, wird der Antrag angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Wahlrecht für die Wahlen zum Reichstag und des Reichspräsidenten. Schluß 1 Uhr.

Badischer Landtag.

32. öffentliche Sitzung.

X. Karlsruhe, 21. April.

Präsident Kopf eröffnete kurz vor 4 Uhr die Sitzung und verlas die Einträge.

Hg. D. Wagner-Karlsruhe (D. N.) trug seine kurze Anfrage über die Freiburger Glasfabrik vor.

Minister Kemmels beantwortete die Anfrage und verlas den nach den Ausführungen in Freiburg von den Mitgliedern der Einwohnerversammlung in Freiburg zu unterschreibenden Bescheid. Die Regierung habe den Einwohnern die Ordnung ihrer Verhältnisse überlassen und nur verlangt, daß die Führung auf dem Boden der Verfassungsmäßigkeit der Regierung stehe. Die Regierung habe jedoch darauf bestanden, daß in den Ämtern nur zuverlässige Leute stehen, denen man Vertrauen anvertrauen könne. Den Verpflichtungsschein, der in Freiburg geschlossen wurde, muß man aus seiner Zeit heraus verstehen. Unzureichende Verlangen von links, aber auch von rechts sollen den Einwohnern fern gehalten werden. Gegen diese Grundzüge sei nichts zu sagen.

Das Haus trat nun in die Tagesordnung ein.

Hg. Seubert (Str.) berichtete in zweiter Lesung über den Gesetzentwurf betr. den Staatsvertrag über den Uebertrag der Staatsbahnen an das Reich.

Der Staatsvertrag und das Schlussprotokoll wurde in zweiter Lesung mit allen gegen 3 Stimmen (der Deutschen) angenommen.

Hg. Thrin (Dem.) berichtete für den Haushaltsausschuß über die Mittelungen des Finanzministeriums gemäß § 2 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes über die Einziehung einzelner Orte in andere Distrikte. Darnach sind die Gemeinden Oberrhein, Hahnenheim, Redersheim, Schleichheim, Hausach, Gröningen, Blankstadt und Hochbach bei Heidelberg in höhere Distrikte eingereiht worden. Die Mittelungen wurden genehmigt.

Hg. Grohmann (Soz.) begründete folgende öffentliche Anfrage über die

Verletzung des Koalitionsrechts der Beamten

durch die Oberinspektoren in Singen a. H.: „In Singen i. H. ist ein Hilfsgruppenführer durch Oberinspektor Cichs ohne Anordnung entlassen worden, weil er gemäß § 17 der badischen Verfassung und Art. 159 der Reichsverfassung von der Koalitionsfreiheit Gebrauch gemacht hat. Ist der Regierung dieser Fall bekannt und was hat sie zur Wiederherstellung des verletzten Rechts getan? Ist die Regierung bereit, mit allem Nachdruck gegen diesen und andere vorgesehene Beamte vorzugehen, die so offensichtlich die Koalitionsfreiheit verletzen? Wie der Interpellant ausführt, ist Hilfsgruppenführer Becker seines Dienstes enthoben worden, weil er in Bestimmungen eine Veranlassung für Grenzschutz abgeben hat. Durch die Interpellation sollen die nicht genehmigt werden, die den Geist der Zeit noch nicht begriffen haben.“

Minister Köhler beantwortete die öffentliche Anfrage und führte aus: Die Interpellation bezieht sich auf einen Anwaltsbescheid, die das Reich betrifft. Als Leiter des Bundesanwaltsamtes kann ich aber die Anfrage beantworten. Die Arbeiten der Staatsanwaltschaft sind beschleunigt worden, sind zurückgefallen, jedoch einer der Hilfsgruppenführer entlassen wurde. Die Wahl sei auf Becker gefallen, weil der an der Hilfsgruppenleiter an der Hilfsgruppenleiter Staatsanwaltschaft sechs Jahre älter ist und davor geworden wäre, während die Oberinspektor Becker einen Verdienst hat. Unrichtig ist, was in der Interpellation steht, daß Becker ohne Anordnung entlassen wurde; es wurde ihm lediglich suspendiert. Ein Grund, weshalb Becker suspendiert wurde, liegt auch auf persönlichem Gebiet, denn Becker hat die Grenzschutzbehörde und Unordnung in die Organisation der Grenzschutzbehörde gebracht. Der Oberinspektor hat nicht versucht, sich gegen das Koalitionsrecht zu verhalten, er ist als gerechter Vorgesetzter bekannt. Die Regierung ist bereit, mit allem Nachdruck gegen Beamte vorzugehen, die die Koalitionsfreiheit verletzen. Bisher ist dies aber nicht notwendig anzusehen.

Hg. Dr. Seiser (Dem.): Wenn Oberinspektor Cichs gesagt habe, er würde es nicht, daß Beamte solche Veranlassungen abgeben wie Becker, so ist das zu vermerken, aber man darf diese Erklärung doch nicht ernst nehmen. Wir werden Anträge gegen das Koalitionsrecht immer abwehren, nicht nur, weil es in der Verfassung verankert ist, sondern weil wir eine demokratische Partei sind.

Minister Kemmels: Hg. Grohmann hat gesagt, es seien Anträge gegen die Koalitionsfreiheit in der Zeit und Unordnung auf Konstant vorgekommen. Wir ist davon nichts bekannt. Ich werde die Angelegenheit prüfen.

Hg. Warhoff (Soz.) polemisiert gegen die Ausführungen des Hg. Straub und erklärte, in Freiburg hätte ein Volksdirektor von den Beamten gefordert, daß sie nicht dem Deutschen Transportarbeiterverband angeschlossen werden.

Minister Köhler: Hg. Warhoff hat bemerkt, daß der Geschäftsleiter Ursache der Entlassung Becker war. Wir haben in der Folge keinen Erfolg für Becker eingeleitet. Wenn ein Mann 14 Tage im Dienst ist und dann den Kollegen Beziehungen über ihren Dienst stellt, dann werden sie das sagen, wenn zwei sehr ruhige Grenzschutzführer erklären, als sie Becker reden hörten: Da sind wir in eine schöne Räuberhöhle geraten. Ein solcher Mann ist nicht derjenige, als Reformator des Grenzschutzdienstes aufzutreten. Wenn am Verhalten der Beamten Kritik geübt wurde, möchte ich bemerken: Wenn die Beamten vom ersten Tage der Revolution an nicht so frei ihre Pflicht getan hätten, wären wir nicht in der Lage, heute an dieser Stelle über diese öffentliche Anfrage zu verhandeln. Da habe das Vertrauen zur badischen Beamtenenschaft, daß sie die Koalitionsfreiheit nicht verletzt.

Der Schriftführer Hg. Köhler (Dem.) verlas eine Entschließung von Landwirten in Gröningen über die

Ablieferung von Pferden an den Feindband.

Es wurde darin die sofortige Auszahlung der Beiträge für die abgelieferten Pferde gefordert.

Minister Kemmels beantwortete die Anfrage. Darnach ist die Auszahlung von Pferden verboten. Die Grenzschutzführer wurden angewiesen, den Verkauf der Pferde sofort zu unterlassen, ebenso wurden den anderen Vorgesetzten Anweisungen erteilt. Eine besondere Entschädigung für die abgelieferten Pferde ist notwendig. Die Behörden an den Grenzen erfüllen ihre Pflicht.

Hg. Marie Behre (Str.) begründete einen Antrag über die Gewährung von Teuerungszulagen und Teuerungsbeträgen für Handarbeitslehrerinnen.

Ferner berichtet sie für den Verfassungsausschuß über das Gesuch der mittleren Städte Baden um Abänderung der verfassungsmäßigen und schulpflichtigen Bestimmungen über die Teuerungszulagen an die Lehrer. Der Ausschuss beantragte das Gesuch der mittleren Städte Baden der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Minister Gummiel: Aus den Darlegungen der Interpellantin geht hervor, daß es uns bekannt wurde, daß eine Anzahl von Haushaltungs- und Handarbeitslehrerinnen nicht in den Besitz der Teuerungszulagen gekommen sind. Wir haben daraufhin ein Rundschreiben herausgegeben, in dem wir anfragen, welche Haushaltungs- und Handarbeitslehrerinnen nicht in Besitz der Zulagen gekommen sind. Sehr viele Antworten sind nicht darauf eingegangen. Ich wäre dem Hause dankbar, wenn es mir die Möglichkeit in die Hand geben würde, daß wir eine Verfügung herausgeben könnten, daß die Kreisämter für die Gewährung der Zulagen bei den Gemeinden eintrifft. Ich hoffe, daß aus der Selbstbestimmung des § 54 des Schulgesetzes eine Maßbestimmung gemacht werden kann. Der Antrag des Ausschusses wurde einstimmig angenommen.

Hier wurde abgedruckt. Nächste Sitzung morgen vermisst 9 Uhr. Tagesordnung verlesenes. Schluß 1/2 Uhr.

Das Städtewahlrecht.

X. Karlsruhe, 22. April. Der Verfassungsausschuß des badischen Landtags hat die Beratungen über das Städtewahlrecht fortgesetzt. Der Berichterstatter hat in einem Vortrag über den Sinn des Gesetzes hervor, daß dieses keine Sozialisierung, sondern vielmehr eine Festigung des kleinen Besitzes und die Schaffung einer möglichst hohen Ertragsleistung herbeiführen wolle. Die 118 großen Städte in Baden dürften nicht dezimiert werden. Für die Pachtung der Städtewahlrecht sei ein Musteramt aufzustellen und die Höhe der Pachtsumme sei der Entscheidung amtlicher Kontrolle zu unterstellen für Entlassungen und Erhebungen seien Bezirksabteilungsausschüsse zu bilden, denen auch Grundbesitzer, Landtagsvertreter und Richter anzuwählen seien. Eine Entlassung dürfe der Staat nur selbst ausüben oder dem Städtewahlrecht übertragen. Ueber den Begriff „Erhebung“ sei hierauf eine ausgedehnte Aussprache. Eine Abstimmung fand noch nicht statt. Arbeitsminister Köhler stellte ein Landeswahlgesetz in Aussicht.

Die Lage im Industriegebiet.

Die Räumung des Ruhrgebiets.

m. Köln, 22. April. (Priv. Tel.) Die „Kölnische Ztg.“ meldet aus Paris: Der Sonderberichterstatter des „Journal“ in St. Remo berichtet, daß man bei der Konferenz darin einig sei, Deutschland eine Zeitfrist von 3 Monaten zur Räumung des Ruhrgebiets zu gewähren. Man werde aber eine Verminderung der Truppen, die sofort vorgenommen werden soll, verlangen.

Entlassung von Polizeibeamten in Hamburg.

m. Köln, 22. April. (Priv. Tel.) Die „Kölnische Ztg.“ meldet aus Hamburg: Auf Anordnung der Regierung zu Düsseldorf wurden 50 Polizeibeamte ihres Amtes enthoben. Der Sicherheitsdienst wird von der grünen Polizei ausgeübt. Die Beamten halten sich geweigert, den Dienst mit Gewehren zu versehen, da kein ministerieller Verfügung die Bewaffnung der Polizei nur aus Säbel und Revolver bestände.

Verhaftung der Spartakistenführer von Oberhausen.

m. Köln, 22. April. (Priv. Tel.) Die Kölnische Zeitung meldet aus Oberhausen: Die tiefen Spartakistenführer, unter ihnen mehrere Notgardisten russischer Nationalität wurden gestern verhaftet, und nach Weisel gebracht, wo sie sich für ihre schweren Erpressungen unter ihrer Herrschaft verantworten sollen. Das jetzt sind etwa 350 Kommunisten verhaftet.

Letzte Meldungen.

Die Sozialdemokratie fordert Kapps Aburteilung durch ein deutsches Gericht.

Berlin, 22. April. (Von unserem Berliner Büro.) Eine sozialdemokratische Anfrage in der Rationalversammlung erbittet von der Reichsregierung Auskunft über die Möglichkeit, Kapp der Aburteilung durch ein deutsches Gericht zuzuführen.

Einigung der Sozialdemokratie.

Berlin, 22. April. (Von unserm Berliner Büro.) In einer Funktionskonferenz der Reichssozialisten wurde gestern der Beschluß gefaßt, in eine radikale Politik, Demokratisierung der Verwaltung und in ein Zusammengehen mit den Unabhängigen einzutreten. Die Einigung der Sozialdemokratie ist das Ziel, auf das innerhalb der Reichssozialdemokratie hingearbeitet wird. Ein Referent dieser Versammlung rief: Weg mit der Koalition, Schaffung einer Arbeiterregierung.

Die Reichskonferenz der sozialdemokratischen Partei, die anstelle eines Parteitages die Wahlstatistik und das Wahlprogramm festlegen soll, wird am 5. und 6. Mai stattfinden.

Der 1. Mai.

m. Köln, 22. April. (Priv. Tel.) Die Kölnische Zeitung meldet aus Berlin: Dem sozialdemokratischen Antrag den 1. Mai als nationalen Feiertag festzusetzen, wird im Reichstag wohl kaum zugestimmt werden, da voraussichtlich Zentrum und Demokraten in Anbetracht der bevorstehenden Reichstagswahlen gegen den Antrag stimmen werden.

Zurückführung der Angefallenenverhältnisse-Grenze auf den ursprünglichen Stand?

Berlin, 22. April. (Von uns. Berl. Büro.) Die Sozialdemokraten hatten neulich im Ausschuss der Rationalversammlung durch eine Ueberrumpelung der Abwesenden die Versicherungsgrenze auf 20000 K hinaufgehoben. Nunmehr ist von sämtlichen bürgerlichen Parteien ein Antrag eingebracht worden, welcher die Zurückführung der Versicherungsgrenze auf den ursprünglichen Stand von 12000 K fordert. Es ist wohl nicht zu bezweifeln, daß der Beschluß des Ausschusses, der namentlich in Vertretung der allgemeinen Empörung ausgesprochen hat, wieder aufgehoben wird.

Die Abstimmung in Oberschlesien.

Warschau, 22. April. (Pr. Tel.) Der Warschauer Ministerrat hat, wie aus Breslau gemeldet wird, beschlossen, beim Obersten Rat in Paris folgende Forderungen einzubringen: Verwirklichung der Gleichberechtigung der polnischen Bevölkerung in Oberschlesien bei der Abstimmung, Beteiligung des fast ausschließlichen Einflusses der deutschen Behörden und der Sicherheitswehr und Verhinderung der Volksabstimmung. Der Antrag auf Annahmehaltung der Volksabstimmung bedeutet eine völlige Schwächung der polnischen Politik. Wie es scheint, zweifelt Polen, durch eine möglichst frühe Abstimmung ein für sich günstiges Ergebnis zu erreichen. Inzwischen hat der Rat der Alliierten in Paris in einer neuen Sitzung die Abstimmungskommission in ihrer rechtsdemokratischen Haltung bekräftigt. Er gibt bekannt, daß die gegen die Lähmung der internationalen Kommission und gegen die Haltung der französischen Militärbehörde in Oberschlesien gerichteten Beschwerden einstimmig für unbegründet erklärt worden seien.

Aus Stadt und Land.

Der Umbau des Mannheimer Personenbahnhofes.

Im Stadtratsaal des neuen Rathhauses fand gestern nachmittags unter dem Vorsitz des Generaldirektors der Badischen Eisenbahnen, Staatsrat Schulz-Karlsruhe, eine etwa zweistündige wichtige Besprechung von Vertretern der Stadtverwaltung, des Stadtrates, der Handels- und Handwerkskammer, des Verkehrsvereins usw. über die geplanten Umbauten im Empfangsgebäude des hiesigen Bahnhofs statt. Herr Generaldirektor Dr. Bartisch erläuterte in einem einleitenden Referat die hauptsächlichsten Mängel der derzeitigen Anlage — der Zusammendrängung der ankommenden und abfahrenden Reisenden in der engen Mittel(Eschalter)halle und auf den Treppen zu den Unterführungen — und legte, wirksam unterstützt von Hrn. Bürgermeister Ritter, den Vertretern der Generaldirektion nachdrücklich die baldige und gründliche Abhilfe ans Herz. Die sich daran anschließende Aussprache drehte sich im wesentlichen um zwei Umbauvor schläge, den des Herrn Fabrikanten Thordede: Schaffung eines eigenen Ausganges für die ankommenden Reisenden vom ersten Bahnsteig aus durch den östlichen Teil des Gebäudes (etwa an der Stelle der jetzigen Bahnhofsstrasse 2. Klasse) und dem Vorschlag des Herrn Reichstagsabgeordneten Ged. Fortsetzung der beiden Unterführungen auf der östlichen und der westlichen Bahnsteige durch Unterfundament des Gebäudes, sodass die ankommenden Reisenden, ohne den ersten Bahnsteig nochmals betreten zu müssen, direkt ins Freie auf den Bahnsteig unmittelbar zu den Straßenbahnplätzen gelangen können. Der Vertreter der Generaldirektion, der die Berechtigung der vorgebrachten Beschwerden und die Dringlichkeit eines Umbaus voll anerkannte, versprach, die angelegten Pläne ohne Verzug prüfen zu lassen und das Ergebnis der Bearbeitung dem Stadtrat, der Handelskammer und den sonstig besonders interessierten Körperschaften zur Begutachtung vorzulegen.

Von den noch in französischer Kriegsgefangenschaft befindlichen Deutschen.

Bekanntlich werden 2. Kl. Erhebungen darüber veranstaltet, wieviele und welche unserer Volksgenossen sich heute noch in Kriegsgefangenschaft befinden. Eine letztgültige Beschlusnahme auf diese wichtige Seite im Kapitel „Menschlichkeit“ wird ein Protokoll, das der noch mehrjähriger Kriegsgefangenschaft ins hiesige Durchgangslager heimgekehrte Lehrer K o d e r aus Kölln verfasst und mit seinem Namen versehen hat. Er berichtet darin von 38 Kameraden, die mit dem Transport vom 8. April 1920 nicht mitreisen durften, sondern die in dem Gefangenenlager Raonne (Loire) zurückgelassen wurden, da sie die einen nie im Laufe der Gefangenschaft ausgesprochenen Strafen noch nicht verbüßt haben. Diese Strafen betreffen einen besonderen Hinweis, weil sie in gar keinem Verhältnis zu den Verbrechen der Betroffenen stehen. Es fehlt uns an Platz, jeden einzelnen Fall anzuführen, wir wollen aber einige herausgreifen, um so unsern Lesern ein Bild von französischer „Gerechtigkeit“ zu geben.

Der 23 Jahre alte Anton Bachmann aus Ansofft wurde für den Versuch, seine eigenen Hinterlassenen für eine Flucht aus dem Gefängnis zu holen, zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Der 31 Jahre alte Franz Berg aus Dussburg erhielt wegen Diebstahls von einem Paar Schuhe 6 Jahre Zuchthaus; der 37 Jahre alte Emil Prader aus Homburg wegen Diebstahls von 2 Büchern 3 Jahre Gefängnis. Die gleiche Strafe traf den 24 Jahre alten Arthur Buchholz aus Reulshaus, der 2 Büchern Suppenkonserven, 2 Büchern Schokolade, 5 Stücken Seife, 3 Walschürzen und 3 Walschuhe entwendete. Wegen Ausbrechens eines Eisenschranks zur Flucht und Schloßern mit Schlüssel bei seiner Festnahme erhielt der 29 Jahre alte Alex Büttner 3 Jahre Gefängnis, der 34 Jahre alte Richard Hund aus Ebersbach 1. Sachsen wegen Entwendung von 5 Sardinienbrot 3 Jahre Gefängnis, der 26 Jahre alte Ernst Müller aus Wülheim a. Ruhr wegen Entwendung von Konjerven 5 Jahre Zuchthaus, der 31 Jahre alte Richard Ströhm aus Bielefeld h. Halle wegen Entwendung eines Stück Leders zu einem Paar Stiefelsohlen 3 Jahre Zuchthaus und 20 Jahre Landesverweis, der 28 Jahre alte Otto Demeter aus Hannover wegen Diebstahls von einer Flasche Äpfel außerdem eines Meißels eines französischen Bahnbeamten 5 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Landesverweis und Degradierung; der 24 Jahre alte Fritz Göthe aus Wolfenbüttel wegen Entwendung von 2 Weisbroten 5 Jahre Gefängnis usw.

Man sieht, sämtliche Verurteilungen haben ihren Grund in der unzureichend schlechten Ernährung der Gefangenen; wenn sie ihren Hunger stillen wollten, müssen diese Leute jahrelang ins Gefängnis wandern und werden jetzt, obwohl ein Teil von ihnen ihre Strafe bereits abgedient hat, zurückgehalten. Erschütternd ist auch das Schicksal des 24 Jahre alten Wihl. Kroh aus Korbach, der gemeinlich mit anderen Kriegsgefangenen Kameraden einen Sad Wehl entwendete und durch Auslösung die Strafe auf sich nahm. Er erhielt zehn Jahre Gefängnis. Es befindet sich unter diesen „Strafgefangenen“ auch ein Mannheimer: der 30 Jahre alte Wenzel K a u p f, der wegen Entwendung von 3 Hn. Hader und Beleidigung eines französischen Sergeanten mit zehn Jahren Gefängnis belegt wurde. Wie groß die Not unter den in Raonne untergebrachten deutschen Kriegsgefangenen ist, mögen die nachstehenden Zahlen belegen. Die Küche empfing für die Zeit vom 1. bis 10. April 1920 für nahezu 300 Mann: 803 Kg. Kartoffeln, 60 Kg. Bohnen, 122 Kg. Sauerkraut, 45 Kg. Weizenmehl.

Pro Kopf und Tag gibt das: 100 gr. Kartoffeln, 32 gr. Bohnen, 42 gr. Sauerkraut und 16 gr. Weizenmehl. Dazu gibt es täglich 45 bis 50 gr. Brot, 5 gr. Fett und einen Salzberg, der häufig ungenießbar ist, oder 100 gr. Blutwurst. Bei der gängigen Mittelklasse der beltrainten Kriegsgefangenen macht sich nach der Schilderung des Heimgekehrten Koder der Hunger mit seinen physischen und psychischen Folgen mehr und mehr geltend. Kein Wunder, daß die kürzlich im Durchgangslager eingetroffenen ehemaligen Leidenden, den Schrei nach Rettung ihrer in Raonne noch schmachtenden Kameraden herüberbrachten in die Heimat. Wir wollen hoffen, daß die eingeleiteten Schritte die französischen Behörden daran erinnern, daß jene Kriegsgefangenen auch Menschen sind.

Elternhaus und Schule.

Bei Beginn eines neuen Schuljahres genießt es sich, auch hierüber einige Gedanken zu äußern. Mehr denn je müssen diese beiden Erziehungsfaktoren miteinander arbeiten, statt einander gleichgültig fern zu bleiben oder gar noch feindselig entgegenzutreten. Es ist jetzt eine andere Zeit angebrochen. Nicht mehr von oben herab wird alles dirigiert und kommandiert; so daß die Schule nur diese Befehle ausführen muß, jetzt haben auch die Eltern das Recht, ihre Wünsche und Ansichten zu äußern und mitzuraten, aber auch mitzutun, damit unsere Jugendbildung wieder in richtige Bahnen kommt und die Klagen über Vernüchlerung verstummen. Mit dem neuen Schuljahr tritt zum erstenmal die geforderte angeregte Vermittlung ein. Bei der ungeheuren Preissteigerung bedeutet das aber eine sehr große Belastung der Gemeindefinanzen, und was den Eltern der Kinder an Auslagen erspart wird, muß durch sie und die Allgemeinheit wieder in genannte Kasse fließen. Eine nicht unbedeutende Steigerung der Umlagen wird überall die Folge sein.

Es erwächst nun aber auch dem Elternhaus die neue Pflicht, über die Sauberhaltung der Lernmittel streng zu wachen; denn leichtsinnige, unordentliche Kinder gibt es überall. Es bietet sich hier Gelegenheit, zur Ordnung und Sparsamkeit zu erziehen, was uns heute bekanntlich sehr nützt. Zudem haben die Schulbehörden wohl überall die Bestimmung getroffen, daß durch Unachtsamkeit und Nachlässigkeit oder gar absichtlich verlorene Lernmittel durch die Eltern wieder ersetzt werden müssen. Man achte also darauf, daß diese große Pflicht nicht vernachlässigt wird. Bei Verärgernissen und Mißverständnissen zwischen Schule und Elternhaus soll in der Schule alles gut konstatieren gehen, so müssen die Eltern oder Fürsorge auch die Herziehung der Hausaufgaben überwachen. Wichtig denkende Eltern verlangen täglich, daß ihre Kinder noch am gleichen Abend ihre Hausaufgaben machen und vorzeigen. Es ist bestimmt, daß diese nicht viel über 1 Stunde Zeit erfordern sollen. Das hängt natürlich von der Überlegung der Kinder ab, finden die Eltern, daß die Aufgaben für ihre Kinder zu groß sind, so mögen sie ruhig dem Lehrer dies mitteilen, der gewiß gerechte Ratschläge schaffen wird und deswegen niemanden zürnt. Gegenseitiges Vertrauen und Ausprechen müssen wieder mehr aufkommen zwischen Elternhaus und Schule zum Segen unserer jungen Nation. F.

4. Jahrsabschlussarbeiten. Personenzahl 753 hat gestern auf der Straße Graben-Rheinheim nachstehenden geänderten Probeplan: Graben-Neudorf ab 5.15 nachm., Huttenheim ab 5.24, Hülpsburg ab 5.31, Rheinsheim ab 5.36 nachm., — Personenzahl 9.34 (W) beginnt jetzt gestern in Karlsruhe, anstatt wie bisher in Ettlingen; Karlsruhe ab 5.57 morgens.

Verkehrsveränderung. Seit gestern verkehren die Schnellzüge D 10 (Frankfurt ab 8.10 abends, Berlin Abh. ab 8.05 vorm.) und D 20 (Berlin Abh. ab 8.00 abends, Frankfurt ab 8.13 vorm.) wieder regelmäßig.

Verst. wurde Geh. Regierungsrat Dr. Julius Holderer, Amtsvorstand in Rehl, in gleicher Eigenschaft nach Hofheim, sowie in gleicher Eigenschaft Notar Wolf Hugelmann in Bretten in den Amtsbezirk Staufen und Notar Dr. Friedr. Walther in Langenscheidt in den Amtsgerichtsbezirk Bretten. Hugelmann wurde das Notariat Staufen I und Walther das Notariat Bretten I zugewiesen.

Zurückgenommen wurde die Verlegung des Notars Karl Hofmann in Oppenau in den Amtsgerichtsbezirk Bretten seinem Antrag entsprechend.

Beigegeben wurden die Amtmänner Dr. Theodor Leutwein in Freiburg und Dr. Jakob Wader in Kastell als Hilfsarbeiter dem Ministerium des Innern.

Aktuelles. Bürgermeister Dr. v. Hollander hat wegen Wegzugs aus Baden sein Amt als Mitglied der Kirchenregierung niedergelegt. An seiner Stelle ist Baudirektor Keller in Freiburg als Mitglied eingetreten.

Zur Errichtung der badischen Sicherheitspolizei. Wie schon mitgeteilt, soll zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Lande Baden neben der bestehenden Staats- und Gemeindepolizei, sowie der Gendarmerie eine Sicherheitspolizei aufgestellt werden, die die Landesregierung und Reichsbehörden gegen jegliche Gewalt zu schützen hätte. Die Sicherheitspolizei, deren Gesamstärke höchstens 2000 Mann betragen und deren Angehörige Polizeibeamte sind, untersteht ihrem eigenen Befehlshaber und gliedert sich in Abteilungen und Unterabteilungen. Bei den Verhandlungen haben sich Preußen, Bayern, Württemberg und Baden übereinstimmend auf den Standpunkt gestellt, daß die Besetzung der Sicherheitsbeamten keinesfalls unter den Sägen der Reichswehre Neben könne. Für Baden ist in gleicher Weise wie auch in den meisten andern Mitgliedstaaten Erziehung einer besonderen Sicherheitspolizeiangelegenheit, um brauchbare und tüchtige Kräfte für den größten Aufgabengebiet vorzusehen, daß er nur mit geschlossenen Augen und zusammengeklappten Händen mit Schaulust und Widerstreben, eher gefeit als getrunken werden mußte. Das mag eine nette Maxime gewesen sein!

Es ist freilich auch in der Mittelalter vorzügliche Tropfen. Im allgemeinen aber waren die Ansprüche so bescheiden, daß man den Wein der Stadt — Thron allgemein wegen seiner Güte pries.

Aus dem Mannheimer Kunstleben.

Brachms-Sonaten-Abend im Harmonie-Saal. Professor Wilhelm Bopp, Konzertmeister Richard Hesse. Ein innerer Kontrast ergab sich daraus, daß Herr Richard Hesse keinen Brachms von jener „elegischen“ Seite bekunntem suchte, die man — und allmählich immer mehr — auf den Vortrag von Sophrs Violinkonzerten angewandt hat, Herr Professor Bopp dagegen den „männlichen“ Brachms vertrat. Der geschätzte Geiger, unterstützt von einer edlen Violoncellistin, ludie tolle Breiten und eckige Freilheiten, der Pianist, im Vorzill durch einen klaren Klang und nach seiner dramatischen Weise vorwärts drängend, gab einen ungemöhnlichen Brachms. Aber keinen solchen! denn auch Brachms hat eine männlich-träufliche Statur gehabt. Und Ludwig Spohr hatte (nach allem, mir noch zugänglich gewordenen Bericht) ungefähre Ton und Technik von Piale. Wiederum hat Brachms für seinen Jugendfreund Joachim geschrieben, dem er in auch das Violinkonzert widmete. Mit diesen Urteilen habe ich das Bild des gestrigen Kammermusik-Abends entworfen. Wir konnten nicht ganz in die Zeiten von 1830—1890, in welcher die drei Violinkonzerte von Brachms erschienen sind, zurückgelangen. Aber einzelne Sätze verliert sehr schön; am schönsten wohl das Finale der „Regenfonate“, deren gemächliches Zeitmaß die beiden Vortragenden zusammengeführt haben mag. Hier kam der Geiger Brachms zur rechten Geltung; der Geiger gewann Wärme und Freiheit, der Pianist zarte Farbgebung. Seine geistige Vortr. ist noch dieselbe, wie im Juli 1907, da der Kammermusikler Bopp von uns scheid. Wir beglückwünschten den zurückgekehrten Künstler mit herzlichem Beifall, wie auch Herrn Hesse. H. W. (An Vertret.).

Thaterabend. In der Vormittagsaufführung „Der Lüneburger Schiller“, die durch erläuternde Worte von Dr. Robert Eintrich eingeleitet wird, bildet den menschlichen Rahmen eine „Gefühlswelt bei Paderb“, der Rüberaal aus der Uraufführung des Schiller'schen „Jugendwerkes“ in Paderb. In diesem historisch schmerzlichen fuhren Rahmen gelangten Gebiete des jungen Schiller, Jomies Gärten aus der Urfassung des Don Carlos und der Rüber zum Horrao. Die Leistung der Fieier hat Frau Wendhausen. — Die heutige Aufführung des „Lüneburger“ und „Hannovers Himmelfahrt“ beginnt um 7 Uhr. — Nach längerer

Pause wird am Samstag Goethes „Egmont“ mit der Musik von Beethoven wieder in den Spielplan aufgenommen. — Festtag: Festspiel „Minna von Barnhelm“, das zuletzt im Jahre 1916 hier gegeben wurde, wird gegenwärtig in neuer Inszenierung und Besetzung vorbereitet. Die Regie führt Heinz B. Volz. Die Titelrolle spielt zum ersten Male Bore Busch.

Einladung in die Versorgungsämter. Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene können im allgemeinen ebenso wie ihre gesetzlichen Vertreter und Bevollmächtigten in die Versorgungsämter nehmen und sich daraus gegen Erstattung der Kosten Ausfertigungen, Auszüge und Abschriften erteilen lassen. Die Ämter sind in der Regel bei der Versorgungsstelle einzufinden, die sie verwahrt. Sie können aber auf Wunsch auch an eine andere Behörde übersandt werden, die für den Versorgungsberechtigten oder seinen Vertreter günstiger liegt. Eine Hinausgabe in die Wohnung ist aber wegen der Gefahr des Verlustes verboten.

Geichtschreibergehilfenprüfung. Das badische Justizministerium hat in Aussicht genommen, noch eine beschränkte Anzahl von Militär- und Zivilanwärtern zum unentgeltlichen Vorbereitungskurs für die Geichtschreibergehilfenprüfung zuzulassen. Anmeldungen sind von den Militärämtern dem Justizministerium, von den Zivilanwärtern durch Vermittlung des Amtsgerichts, bei dem sie einzutreten wünschen, alsbald vorzulegen.

Ausstellung von Gefellenstücken in der Gewerbeschule. Die Freie Schlofferinnung veranstaltete am vergangenen Sonntag eine kleine Ausstellung von Gefellenstücken, um der Deftlichkeit zu zeigen, daß bei gutem Willen trotz mannigfacher Hindernisse vieles zu erreichen ist. Die Ausstellungsgegenstände zeigten in zufriedenstellender Weise gute Arbeit und Geschma. Der Vorsitzende der Innung, Schloffermeister Josef Bieber, konnte eine größere Anzahl Prämien verteilen, die solchen Gefellen übergeben wurden, die sich durch besonderen Fleiß und Geschicklichkeit hervortaten. Die Preise hierfür bestanden in Büchern und Diplomen. Bieber, sagte Herr Bieber in seiner Ansprache hinzu, könne er sein Bestreben nicht zurückziehen, daß die Gewerbeschule den drilten und wichtigsten Jahrgang von der Schule zurückziehen mußte. Gerade in der Zeit des anfänglichen Bestrebens der gestellten Aufgaben, wo ein Zusammenarbeiten der Gewerbeschule mit der Handwerkerlehre für den Behrlus am ergebnisreichsten ist, wird uns einen Schritt durch die Rechnung gemacht. Günstigere Ausichten auf Besserung sind selber nicht vorhanden. Rangel an Räumlichkeiten und hauptsächlich an Lehrkräften sind an dem traurigen Zustand schuld. Vielleicht befinnt sich Staat und Gemeinde, meinte der Redner, doch einmal, hier Wandel zu schaffen. Vielleicht ist es auch möglich, wo man doch manchmal für Alles Geld hat, auch für idealistische Spielereien, auch etwas für die Gewerbeschule zu opfern. Es scheint die materielle Frage mitzuspicien, die vom Gewerbeschulereber abhält. Die Ausstellung war von einigen Hundert Interessenten besucht.

Eine gepresste Versammlung. Unter dieser Epithete brachten wir im gestrigen Mittagsblatt einen und zugehörigen Bericht über eine Besammlung des Deutschenationalen Dandlungsgehilfen-Verbandes. Von der Arbeitsgemeinschaft seier Angestellten-Verbände (Afa) erhielten wir daraufhin eine längere Erwiderung, bei der wir folgende tatsächliche Feststellungen entnehmen: Seit einigen Tagen prangen an den hiesigen Plakafäulen auffällige Einladungen des Deutschenationalen Dandlungsgehilfen-Verbandes zu einer öffentlichen Versammlung. Das Thema lautete: „Wir und die Anderen“. Schon hierin lag eine Provokation, die unsjo unerschütterlicher war, als die „Afa“, obwohl sie zahlenmäßig mehr als fünfmal so stark ist wie der D. G. B., niemals in der gleichen Weise am hiesigen Orte vorgegangen ist. Als Redner für den Zentralverband der Angestellten war das Mitglied des Hauptvorstandes Kollege Siebel-Berlin erschienen — ein deutlicher Beweis dafür, daß die Behauptung, die „Afa“ sei in der Absicht erschienen, die Versammlung zu sprengen, eine Unmöglichkeit ist. Es lag übrigens ein Beschluß der Vertrauensleute des Zentralverbandes vor, der ausdrücklich bestimmte, daß der Redner des D. G. B. ungehindert sprechen sollte. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden sollte dem Referenten Vehty-Hamburg vom D. G. B. das Wort erteilt werden. Vorher hatten Vertreter der „Afa“ zur Geschäftsordnung um das Wort. Das wurde ihnen verweigert. Wiederholte Wortmeldungen hatten keinen Erfolg, was den Unmut der erschienenen Kamitglieder selbstverständlich wachrief. Im allen Weiterungen vorzubringen, beantragten die Vertreter der Afa zum Vorstandsitz und begründeten ihre Wortmeldung zur Geschäftsordnung damit, daß es doch üblich sei, in einer öffentlichen Versammlung die Geschäftsordnung gemeinsam festzusetzen. Es sollten weiter zwei Vertreter der „Afa“ und ein Vertreter des „D. G. B.“ (Gewerkschaftsbund der Angestellten) am Vorstandssitz Platz nehmen, also eine Ämterwahl vorgenommen werden. Nachdem dies abgelehnt worden war, erklärten die Vertreter der „Afa“, daß die zum Vorto gewählten Vertreter sich nicht in die Geschäftsordnung des Vorstandes des D. G. B. einmischen würden. Auch das wurde abgelehnt. Da inzwischen die Unruhe weiter anwuchs, verdrückten die Vertreter der „Afa“ ein letztes Mittel im Interesse der Einigung, indem sie ausdrücklich auf die Ämterwahl verzichteten und nur zu der Reihenfolge der Redner

Aus der Geschichte des Weins.

Von H. Manthe-Doppach. Jetzt liegt der junge Wein in den Fässern. Wie er wird, weiß noch niemand, höchstens wird er sehr teuer. Drum ist es Zeit, sich mit dem alten zu beschäftigen. Verleiten wir uns also eine Weile in die Geschichte des Weins. In Deutschland war der Weinbau in alten Zeiten viel verbreiteter als in der Gegenwart. Davon zeugen neben urkundlichen Belegen zahlreiche Orts- und Ortsnamen in Gegend, die heute die Rebe nur als Jers- und Schlingpflanze an Leuben und Giebeln kennen. Bis hinauf nach Preußen dehnte sich im Mittelalter der norddeutsche Weinbau. Ob die Erzeugnisse dieser Gegenden freilich heute bestehen würden, dürfte sehr fraglich sein, da man bei uns doch schon über den Grünsberg und den Rausberg der Rebe zu rümpfen pflegt — wenn auch bisweilen mit Unrecht. Auch unsere Vorväter schmecken die norddeutschen Weine naturrein wenig gemunbt zu haben, denn durchwegs wurden die Säuerlinge verbeizt, und zwar nicht nur in der verwichenenen Abgeschiedenheit des Keller. Vielmehr war es allgemeiner Gebrauch, die Weine durch Zusatz von Würzen und Honig mit bestem Geschmack und höherer Süße aufzuklären. Ob sich man sie auch auf Feiertagen und Frühlingszügen, so auf Kosen, Kirchen, Salsel oder Jäger. Wer überflüssigen Wein hat, mag durch Veruche feststellen, wie das schmeckt hat. Es waren das im Grunde richtige Bowlen, die sich demnach in deutschen Gauen eines hochwürdigen Alters erfreuen. Am verbreitetsten war der Wozag, eine Paulbeerwone.

Diese Würzweine waren nach allgemeinem Urteil der Zeitgenossen sehr schmackhaft und sehr beliebt. Ein Zeitgenosse sagt: „Diese Weine taugen zum Trinken wie zur Medizin und erzeuen durch ihren Wohlgeschmack den Gaumen, erregen den Appetit durch ihren Duft, stärken das Gehirn und den Magen, reinigen auch das Blut und bringen ins Blut in die Glieder.“ Das könnte fast ein moderner Apotheker als Reklame für seinen neuesten „Medizinischen Wein“ geschrieben haben.

Wähnlicher Art war der viel getrunkene „Claret“ oder „Luterezone“. Nur wurden bei ihm die Gehirne nicht in den Wein gelassen, sondern er wurde nach dem Ziehen in edler gefärbt, was meistens mit Eisen geschah. Von diesem Wein lang ein erfahrener Koch, daß er „sauer macht wie Honig und einen im Weiden Reiz“. — Des mit Recht so beliebten Glühweins tut schon Reiz der Größe in seiner berühmten „Saugüterordnung“, dem Kapitulare de villis“, Erwähnung. Das Amt der Weinbrennen ist jetzt, wischen Wert die haben Herren auf die Bewahrung ihrer Güte mit Wert setzen. Zwischen müssen aber diese Herren auch verächtliches Gesicht im Keller gehabt haben, das zeigt die ergrübliche Schilderung eines Zeitgenossen: „Ich habe gemessen gesehen, daß so trüber Wein den

Pause wird am Samstag Goethes „Egmont“ mit der Musik von Beethoven wieder in den Spielplan aufgenommen. — Festtag: Festspiel „Minna von Barnhelm“, das zuletzt im Jahre 1916 hier gegeben wurde, wird gegenwärtig in neuer Inszenierung und Besetzung vorbereitet. Die Regie führt Heinz B. Volz. Die Titelrolle spielt zum ersten Male Bore Busch.

Tanzabend. Heute Abend tanzt Lina Schneider, die junge Mannheimer Künstlerin, zum ersten Male in ihrem Heimatort im Musiksaal unter Mitwirkung des Nationaltheaterorchesters.

Theaterkultur-Verband. Schriftsteller Karl Hebel, der auf einige Zeit als Gast in seiner Vaterstadt weil, wird in seinem Vortrag am Freitag den 23. April in der Harmonie über „Hans von Bülow und Mannheim“ interessante neue Mitteilungen machen können.

Kleine Mitteilungen.

Der Rhein-Neckar-Donau-Kanal und der Friedensvertrag. Am Aprilfest der Monatschrift „Der Schwäbische Bund“ gibt Baurat Böhmeler, Mannheim, der Erfinder der Tauchschleuse und Bearbeiter des Entwurfs für den badisch-württembergischen Plan des Rhein-Donau-Kanals, eine überaus klare, auch für den Laien durchaus verständliche Darstellung der dabei zu lösenden großen technischen und volkswirtschaftlichen Probleme und weist dabei auf die nicht allgemein bekannte Tatsache hin, daß auch die Engländer und Franzosen auf eine Verbindung des Rheins mit der Donau Wert zu legen scheinen, wie der Artikel 363 des sogenannten Friedensvertrags beweist, der lautet: „Im Falle des Baus eines Schiffahrtsweges Rhein-Donau erteilt sich Deutschland, auf diesem Schiffahrtsweg die in den Artikeln 332 bis 333 niedergelegte Ordnung zur Anwendung zu bringen.“ Der wichtigste Teil dieser Ordnung bestimmt, daß von den Schiffen, die den Schiffahrtsweg, wenn aber keine Zugänge denken, Abgaben erhoben werden dürfen, daß ferner diese Abgaben auf den verschiedenen Flußabschnitten verschieden bemessen werden können. Da jedoch hinzugetreten ist, daß die Abgabe ausschließlich zur angemessenen Deckung der Kosten für die Schiffahrt oder für die Verbesserung des Flusses und seiner Räume oder zur Befreiung seiner Ausgaben im Interesse der Schiffahrt dienen sollen, so scheint es freilich, ob irgendwelche Schiffahrtswegen zur Deckung der Verbindung und zur Tilgung des Anlaßes erteilt erhoben werden dürfen. Schon deshalb ist erst recht in Anbetracht der heutigen Verhältnisse können wir nicht daran denken, daß beide Stände, der über den Neckar und der über den Main, selbst werden, es wird nur einer in Frage kommen und sicherlich benachteiligt, welcher zur Deckung der Verbindung und zur Tilgung des Anlaßes erteilt erhoben werden dürfen. Das aber ist, wie der Verfasser bemerkt, die Verbindung über den Neckar.

und zu der Festlegung der Abgabe zur Geschäftsbildung des Wort...

In letztem Bericht über die Gartenstadt Waldhof im gestrigen...

X Todesfall. Der Ehrenbürger der Stadt Emmendingen,...

Table with 2 columns: National-Theaters and Neues Theater. Rows include dates and play titles like 'Der Totengänger'.

Aus Ludwigshafen. Zur Berufsberatung im Ludwigshafen. Auf die 12 Zeitungen...

Sportliche Rundschau. Die Mannheimer Pferderennen.

für welche sich in der ganzen Beobachtung lebhaftestes Interesse...

Den Mitgliedern des Badischen Rennvereins sind die Mitglieds...

Internationale Ringen- u. Bogenschießwettkämpfe im Hippodrom.

Der Meister Deutschlands im Schwergewicht Stigelmold zeigte...

Turnen.

Der Kreisturnrat des letzten Turnfestes hielt am 17. April...

X Das Spiel um die Rheinisch-Westfälische (bestimmte Gebiet),...

Handel und Industrie.

Badische Sparkassen-Girozentrale, Mannheim.

Nach dem Geschäftsbericht über das abgelaufene Jahr 1919...

Der Verband hat sich im Berichtsjahr auf Beschluß einer außerordentlichen Mitgliederversammlung...

Die Girozentrale hat sich bei der Ausgabe von Mannheimer...

An Beteiligungen ist die Übernahme eines Anteils am Betriebskapital...

Die Verwaltung fremder Wertpapiere im offenen Depot...

Der Jahresabschluss schließt mit einem Gewinn von 472084...

Neues zur Aussenhandelskontrolle.

Berlin, 22. April. (Eig. Draht.) Weitere Ausführungsbestimmungen...

Werden Gegenstände a) zur Ausstellung auf ausländischen Messen...

Soweit die Ausfuhrbewilligung vor dem 1. Mai d. J. erteilt...

Börsenberichte. Frankfurter Abendbörse.

Frankfurt, 22. April. (Eig. Draht.) Bei ruhigem Geschäft...

10% anzuogen, 575. Chemische Mannheim wurden 20% gesteigert...

Table with 4 columns: a) Staatspapiere u. Bankaktien, b) Bergbau und Eisenindustrie, c) Steine und Erdenindustrie, d) Sonstige Industrie.

Mannheimer Effektenbörse.

Die Börse verkehrte gestern zu meist niedrigeren Kursen.

Neueste Drahtberichte.

Verringerung des Notenumlaufs in Italien.

w. Berlin, 21. April. (Draht.) Wir erhalten von italienischer Seite...

Tagung des Kohlsyndikats.

w. Essen, 21. April. Die Hauptversammlung der Zechenbesitzer...

Kapitalerhöhung der Harpener Bergbau A.-G.

Dortmund, 22. April. (Draht.) In der a. o. Generalversammlung...

Berlin-Anhaltische Maschinenbau A.-G.

Berlin, 22. April. (Eig. Draht.) Bei der Berlin-Anhaltischen...

Canada Pacific-Bahn.

Berlin, 22. April. (Draht.) Ueber das Jahresergebnis wird gemeldet...

Wasserstandsbeobachtungen im Monat April.

Table with 6 columns: Station, Datum, 17, 18, 19, 20, 21, 22. Rows include Bohleninsel, Köln, etc.

Wetterausblick für mehrere Tage im voraus.

23. April: Veränderlich, normale Temperatur. 24. April: Heilig, gemäßigt kühl, frühweiser Regen.

Witterungsbericht.

Table with 6 columns: Datum, Barometerstand, Temperatur, Windstärke, Niederschlag, Höchsttemp. Rows include 16 April, 17 April, etc.

Empfängerliste: Dr. Fritz Goldmann, Dr. Fritz Goldmann, etc.

Ämliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.

Freitag, 23. April gelten folgende Karten: Für die Verbeuger. Fett: Margarine 1/4 Pfund zu M. 3.75 die neue Fettkarte 1 in den Verkaufsstellen 551-735 und 783-854.

Spalte-Öl: (Zum Verkauf von heute ab) 1/4 Str. zu M. 2.40 für die Kolonialwarenmarkte 5 in den Verkaufsstellen 455-600. Fleisch: In der Woche vom 19.-25. April gelangt zur Ausgabe: 125 Gramm Fleisch, teilweise frisches, teilweise Gefrierfleisch.

Spalte-Öl: 1/4 Str. Verbeugerpreis M. 2.40 für die Kolonialwarenmarktaufsstellen 771-900. Milch: 125 Gramm Milch, von 8-12 Uhr und 2-5 Uhr bei der Fa. Georg Jakob, Seidenbinderstraße 64. Behälter sind mitzubringen.

Spalte-Öl: 1/4 Str. Verbeugerpreis M. 2.75 für die Verkaufsstellen 730-782 und 855-920 im Verkaufslager Q 2, 5 am Freitag, 23. April, von 9-3 Uhr. Ausweis, Körbe und möglichst Scheids als Bezahlung mitbringen.

Spalte-Öl: 1/4 Str. Verbeugerpreis M. 2.75 für die Verkaufsstellen 730-782 und 855-920 im Verkaufslager Q 2, 5 am Freitag, 23. April, von 9-3 Uhr. Ausweis, Körbe und möglichst Scheids als Bezahlung mitbringen.

Spalte-Öl: 1/4 Str. Verbeugerpreis M. 2.75 für die Verkaufsstellen 730-782 und 855-920 im Verkaufslager Q 2, 5 am Freitag, 23. April, von 9-3 Uhr. Ausweis, Körbe und möglichst Scheids als Bezahlung mitbringen.

Spalte-Öl: 1/4 Str. Verbeugerpreis M. 2.75 für die Verkaufsstellen 730-782 und 855-920 im Verkaufslager Q 2, 5 am Freitag, 23. April, von 9-3 Uhr. Ausweis, Körbe und möglichst Scheids als Bezahlung mitbringen.

Spalte-Öl: 1/4 Str. Verbeugerpreis M. 2.75 für die Verkaufsstellen 730-782 und 855-920 im Verkaufslager Q 2, 5 am Freitag, 23. April, von 9-3 Uhr. Ausweis, Körbe und möglichst Scheids als Bezahlung mitbringen.

Spalte-Öl: 1/4 Str. Verbeugerpreis M. 2.75 für die Verkaufsstellen 730-782 und 855-920 im Verkaufslager Q 2, 5 am Freitag, 23. April, von 9-3 Uhr. Ausweis, Körbe und möglichst Scheids als Bezahlung mitbringen.

Nachruf. Am Montag, 19. April 1920 ist unser langjähriger Kontrolleur Herr Albert Dorer nach längerer Krankheit verschieden. Die Firma verliert in dem Verstorbenen einen tüchtigen und pflichttreuen Mitarbeiter, dem sie stets ein ehrendes Andenken bewahren wird. E43

Karl Mayer Thilde Mayer geb. Ballweg Vermählte Mannheim, 22. April 1920.

Ihre Vermählung beseehen sich anzuzeigen Ernst Strahmann Tina Strahmann geb. Dienstalt Mannheim, 22. 4. 1920

Praxis wieder aufgenommen! Dr. med. A. Sack Facharzt für Haut- und Harnleiden. P 5, 14. (E42) Sprechst. 10-11 Uhr.

In der Nacht vom 20. auf 21. April wurden aus meiner Autogarage 4 Magnetapparate entwendet. 5272

Mk. 1000 Belohnung demjenigen, der mir zur Wiedererlangung der Magnetapparate verhilft. Zweckdienliche Angaben an die Kriminalpolizei Ludwigshafen a. Rh. erbeten. Vor Ankauf wird gewarnt. Joh. Eisele, Ludwigshafen a. Rh. Humboldtstrasse 63/65.

Büro-Möbel Rollpulte, Flachschriftische Schreibmaschinen Reparaturen aller Systeme Vervielfältigungs-Apparate und alle Zubehöre. 139447 Tel. 30. Friedrich Schlecht, P2, 8/9.

Alle Arten Thermometer Spezialität: Fieberthermometer, Nickelhilfen für Fieberthermometer, Künstliche Glas-Augen für Menschen, sofort grosse Mengen ab Lager und laufend ab Fabrik lieferbar. *2245 Lagerbesuch erbeten. Hugo Schupp, Mannheim, Richard Wagnerstrasse 30.

Zahlungserleichterung, Zahlungserleichterung. Hermann Schmidt, F 1, 9.

Wecker und Wanduhren in unübertroffener Auswahl nur Friedens-Ausführung S96 Ludwig Groß, F 2, 4a, Marktstraße.

1a. Benzin in jedem Quantum sofort greifbar. Zu erfragen Jak. Reinfrank, Ludwigshafen a. Rh. Ludwigsplatz 1 - Tel. 941.

Ankauf von Violinen, Mandolinen, Gitarren, Zithern, Bandoneons etc. zu Höchstpreisen. S88 Markus Schwelingerstr. 49.

National-Theater. Donnerstag, den 22. April 1920. 40. Vorst. in Serie, Opern C (für H. Garten C 33) Der Totengräber Hierauf: 36 Hanneles Himmelfahrt Anfang 7 Uhr. Kritik-Brosch. Ende gegen 9 1/2 Uhr. Künstlertheater „Apollo“ Donnerstag, 22. April Entscheidungskampf Mokny g. Christensen Worgul gegen Sauerer Boxer gegen Ju-Jitsu Goldstein gegen Fürst 500 Mk.-Prämie dem Sieger, von einem hiesigen Sportsmann gestiftet.

Palast-Theater Heute letzter Tag! Narrentanz der Liebe (5Ak'e) Das Zukunfts-Restaurant (2Ak'e) Wochentags Anfang 5 Uhr Samstags u. Sonntags 2 Uhr. 6145

Achtung! Achtung! Café Corso Breitestr. J. 1, 6 Reitestr. J. 1, 6 Täglich abends 8 Uhr Auftreten des beliebten Bariton-Sängers Humorist, Stimmungsmacher Albert Roth. 5234

Heute letzter Tag „Judex“ Ein Abenteuer-Roman in 12 Epis. 1. Der geheimnisvolle Schatten 2. Die 50hne. 5138 Dieser Film kommt in 4 Teilen zur Vorführung. Anfang täglich 8 Uhr.

Grund- u. Hausbesitzer-Verein Mannheim. E. V. Montag, den 26. April, abends 8 Uhr im oberen Saal der Liedertafel, K 2, 31

Hausbesitzer-Versammlung Tages-Ordnung: 1. Wohnungsamt, Kieereinigungsamt und Wohnungserneuerung. 2. Mietervereine und Hausbesitz. 3. Beiträge und Wünsche. Wir laden die Hausbesitzer zu dieser Versammlung ein und bitten um pünktliches Erscheinen. Der Vorsitzende: H. von Ru.

Hotel Hassler Schwelzingen bringt sich zur Spargelzeit in empfehlende Erinnerung. Feraruf No. 142.

Uhren-Reparaturen Jeder Art 553 Taschenuhren, Wanduhren und Wecker wird schnell u. billig inst. Garantie ausgef. Nicht auch Gold- u. Silberarbeiten im Trauringe wird angef. Uhrenwerkstatt E2, 9 H. Kosanowski. E2, 9

Knaben u. Mädchen, Gewerbetreibende, Heeresentlassene etc. erhalten eine gründliche Ausbildung in sämtl. kaufmännischen Fächern bei strengem Einzelunterricht in Tages- u. Abendkursen (Eintritt täglich) 06.1 Priv.-Handelsschule 06.1 Wegl. 1087 Ch. Danner, staatl. papt. Fernsprecher 5134. Alle Absolventen sind gut placiert.

Rolladen-Reparaturen werden gut ausgeführt *2166 W. Schreckenberger Tel. 4304 Schlossermeister Fröhlichstr. 73

Haben Sie Alois Pöschl den vortrefflichen Münchner Komiker schon gehört????? Im Kabarett Rumpelmayer. 572

Naturwein-Versteigerung. Mittwoch, 28. April 1920, nachmittags 3 Uhr ist Gutsbesitzer Paul von Brand auf Riedberg-Remersberg bei Baden-Baden 27/2 Stück 1919er Weisswein nur eigenes Wachstum vom Riedberg öffentlich versteigert. Geboten werden verabreicht am Versteigerungstage von 9-12 Uhr vormittags und während der Versteigerung. Zu den Proben und der Versteigerung wird eine Einleitungsgebühr von 10 Mark erhoben. Die Gutsverwaltung.

Putz-Lehrkurse Marta Adam, Beethovenstr. 12, L. Erstkl. Fachausbildung für Selbstbedarf und Beruf. 5128 Anm. d. täglich 11-5 (außer Samstags)

Keine Wanze mehr Kammerjäger Berg's Spezialmittel „Nicozol“. Erfolg verbührend. - Restlose Vertilgung. Beste Zeit zur Bratverrichtung. Kinderleicht anzuwenden. abhw. Doppelpack M. 4.-. Verkauf bei: Drog. Ludwig & Schüttemeier, O 4, 3. Bitte ausdrücklich nur Nicozol zu verlangen. E171

Harn- u. Geschlechtsleiden - aller Art - Rasche Erfolge auch bei alten und hartnäckigen Fällen, ohne Berührung des Urins. Utr. Heilm. Schäfer's Institut „Elektron“ Nur N 3, 3, 1 St. Teleph. 4320 Nur N 3, 3, 1 St. Ged. 9-12 vorm. 531 2-5 nachm., Sonntags 10-12 Uhr. Auskunft kostenlos - 19jährige Praxis.

Vollkommen trockene Schurzholzrahmen gesucht. Angebote mit Angabe des Lagerortes unter O. B. 127 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Abbruch Die Scheune Obere Biedstr. 23 in Käfertal Größe 32,5 x 11 m ist auf Abbruch zu verkaufen. Schriftl. Angebote bis längstens 24. April an Geschw. Arnold Käfertal, Poststrasse 17.

Günstige Gelegenheit! Kinoapparat mit allem Zubehör komplett mit Leinwand und Schallteil, sowie moderner Lampe zu verkaufen. Preis 7000 Mk. Näheres Laden, Q 2, 8. 59440

1gebr. durchrepariert. Herd (links) (rechts) (rechts) 125x90 cm mit Kupferkessel und Dreifingerringe, sowie mehrere Gefäße zu verkaufen. *2202 Fa. Johann Geisel, Hauptstr. 84/85, Telefon 5930

Damen-Friseurgeschäft modern eingerichtet, 2 Rabine elektrischer Haartrockenapparat preiswert zu verkaufen. Karl Böldner, Installationsgeschäft, J 2, 17

Altmaterial-Ankauf Altes Eisen, Altmessing (Messing, Kupfer, Zink, Blei usw.) Lampen, Papierschäbelle kauft jedes Quantum p. solortige Kasse. S19 Paul Röhrborn & Söhne Mannheim-Lindenhof (Delfabrik) Tel. 6183 Händler stets willkommen Tel. 6253

Drucksachen für die gesamte Leder- u. Buchdruckerei. Druckerei Dr. Haas, G. m. b. H., E 6, 2

Auto-Versteigerung. Am Samstag, den 24. April, nachmittags 3 Uhr, verliert Herr W. Arnold, Stationen- und Lagerplatz O 2, 4, Telefon 6218 ein 4-sig. 816 PS mit Gummi, sehr schön, 5250. Hoffmanns Erzählungen. Die Dame mit dem Oprenglas (Parquet rot) ordere Reiten mit ihre Koffer geben mit H. B. 35 an die Geschäftsstelle d. Bl. 5250. Fluchlingsstörche-Geld-Lotterie. Ziehung 30. April 1920 3575 Gesamt- und Hauptgewinn. 40000 20000 15000 Mark bar ohne Abzug. Lose 1.10 Mk. Porto u. Liste 50 Pf. empfindl. Lotter.-Unternehm. J. Stürmer Mannheim, O 7, 11 früher Strassburg i. L. und alle Lotterien. Matratzen aufarbeiten, Oeffentliched. G. 4. Gebt. Bettstoffe werden angekauft. Aufzug mit mögl. elektr. Antrieb (Drehstrom) 220 Volt. Tragfähigkeit mindestens 500 kg bei einer Höhe über von ca. 6 Meter zu laufen ab gegen 2000 kg Kullung. Gleichstrom betrieb. Aufzug zu kaufen.